



**Wahlprüfsteine
Menschenrechte zur
Kommunalwahl in
Königswinter
am 13.09.2020
Amnesty-Gruppe
Bad Honnef/Königswinter**

Inhaltsverzeichnis

A. Teilnehmer	3
B. Unser Fall: Juan Almonte Herrera	5
C. Fragen an die Kandidatinnen und die Kandidaten sowie die Parteien	6
Einleitende Fragen	6
1. Waffenhandel	6
2. Terrorismusbekämpfung	6
3. Flüchtlinge und Asyl	7
4. Rechtsstaatlichkeit	7
5. Menschenrechtserziehung	7
D. Antworten der Kandidatinnen und der Kandidaten sowie der Parteien	9
I. Antworten der Bürgermeisterkandidaten	9
1. Dr. Bastian Reichardt – Kandidat der Linken	9
2. Lutz Wagner – Kandidat der SPD, Grünen, Königswinterer Wählerinitiative	13
3. Peter Wirtz – Kandidat der CDU	16
II. Antworten der Kreistagskandidatinnen / en	19
1. Andreas Danne – Kandidat der Linken	19
2. Franz Gasper – Kandidat der CDU	20
3. Dr. Josef Griese – Kandidat der CDU	22
4. Jasmin Sowa-Holderbaum – Kandidatin der Grünen	24
5. Nils Suchetzki – Kandidat der SPD	26
6. Dagmar Ziegner – Kandidatin der FDP	29
III. Antworten der Parteien und Wählergemeinschaften	31
1. Bündnis 90 / Die Grünen	31
2. Christlich Demokratische Union	33
3. Die Linke	35
4. Freie Demokratische Partei	37
5. Königswinterer Wählerinitiative	39
6. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	42
E. WAS KÖNNEN SIE TUN?	45
1. Aktive Gruppenarbeit	45
2. Förderer	45
3. Einzelspende	45
4. Unterschriften sammeln	45
5. eMail-Service	45
6. Briefe schreiben	45
7. Amnesty-Journal	46

A. Teilnehmer

Auch wenn Themen wie Waffenhandel, Asylrecht und Terrorabwehr nicht direkt dem **Entscheidungsspielraum der Kommunalpolitik** zugerechnet werden können, so ist die Meinung der Kommunalpolitiker zu verschiedenen Menschenrechtsfragen für die Wähler bedeutsam.

Mit unserer Veröffentlichung der Wahlprüfsteine ist **keine Empfehlung** der Amnesty-Gruppe Bad Honnef/Königswinter zur Wahl in Königswinter verbunden. Diese Entscheidung müssen Sie alleine treffen. Wir wollen nur einen kleinen Beitrag zur Orientierungshilfe leisten.

Wir haben unsere Dokumentation in **drei Rubriken** aufbereitet:

1. Fragen an die Bürgermeisterkandidaten
2. Fragen an die Kreistagskandidatinnen/en der Königswinterer Wahlkreise
3. Fragen an die Parteien und Wählergemeinschaften, die zur Ratswahl antreten.

Wir haben **alle Parteien und Wählergemeinschaften** angeschrieben, die sich bei der Stadt Königswinter zur Wahl angemeldet haben. Darüber hinaus haben wir die **Kandidatinnen/en** angeschrieben, die uns aus den Beschlüssen und Bekanntmachungen der Parteien bekannt wurden. Zur Vollständigkeit haben wir die amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Königswinter sowie des Rhein-Sieg-Kreises bis einschließlich des 8. August 2020 zugrunde gelegt. Soweit wir erstmals über die öffentliche Bekanntmachung des Rhein-Sieg-Kreises vom 8. August 2020 zu den zugelassenen Wahlvorschlägen zum Kreistag über Kandidaten informiert wurden, sind diese Kandidaten nicht angeschrieben worden. Im Übrigen haben wir uns bezüglich der Kreistags-Kandidaten grundsätzlich auf die Direktkandidaten beschränkt. Wahlvorschläge für die Wahl aus den Reservelisten zum Kreistag wurden nicht berücksichtigt.

Im Falle einer Partei, deren Vorsitzende/r gleichzeitig Kreistags-Kandidat/in ist und bei Vorliegen nur eines Antwortbogens, haben wir diese Antworten sowohl für die Kandidatur zum Kreistag als auch als Auffassung der Partei gewertet.

Grundsätzlich haben wir **alle Formulierungen** unverändert übernommen. Im Einzelfall haben wir Änderungen in der Rechtschreibung und der Interpunktion vorgenommen. Links z. B. auf Internetseiten der Parteien haben wir generell nicht berücksichtigt. Soweit Fotos beigefügt wurden, haben wir diese integriert.

Die nachfolgenden Kandidatinnen/en bzw. Organisationen haben bei der Erstellung dieser Wahlprüfsteine mitgewirkt:

Kandidaten für die Wahl des Bürgermeisters:

Dr. Bastian Reichardt	-	Kandidat der Linken
Lutz Wagner	-	Kandidat der SPD, der Grünen und der Königswinterer Wählerinitiative
Peter Wirtz	-	Kandidat der CDU

Kandidatinnen/en für die Wahl in den Kreistag:

Andreas Danne	-	Kandidat der Linken
Franz Gasper	-	Kandidat der CDU
Dr. Josef Griese	-	Kandidat der CDU
Jasmin Sowa-Holderbaum	-	Kandidatin der Grünen
Nils Suchetzki	-	Kandidat der SPD
Dagmar Ziegner	-	Kandidatin der FDP

Parteien und Wählergemeinschaften für die Stadtratswahl

Bündnis 90 / Die Grünen	-	Grüne
Christlich Demokratische Union	-	CDU
Die Linke	-	Linke
Freie Demokratische Partei	-	FDP
Königswinterer Wählerinitiative	-	Köwis
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	-	SPD

B. Unser Fall: Juan Almonte Herrera

¿Dónde está Juan?

JUAN ALMONTE HERRERA

Juan Almonte Herrera (geboren am 4. August 1959) wurde zuletzt am 28. September 2009 gesehen, als er Berichten zufolge von vier Männern entführt wurde, die von Augenzeugen als Polizeibeamte identifiziert wurden. Seit seinem Verschwinden wurden seine Familie und seine Anwälte wiederholt von Polizeibeamten verfolgt und beobachtet. Juan Almonte Herrera wurde möglicherweise Opfer von „Verschwindenlassen“.

Juan Almonte Herrera war Mitglied der Nichtregierungsorganisation Comité Dominicano de los Derechos Humanos (Dominikanisches Komitee für Menschenrechte). Nach Angaben der Anwälte seiner Familie war er gerade auf dem Weg zu dem Büro, in dem er als Buchhalter arbeitete, als er von vier bewaffneten Männern angehalten wurde. Sie zwangen ihn in ein Auto einzusteigen und fuhren mit ihm weg. Berichten zufolge haben Augenzeugen die vier bewaffneten Männer als Beamte der Anti-Entführungseinheit der Nationalpolizei identifiziert.

Das Nationale Bezirksgericht befand schon in 2009, dass Juan Almonte seiner Freiheit beraubt worden war, ohne dass eine richterliche Anordnung der Behörden vorlag. Die Polizei kam der Anordnung nicht nach mit der Begründung, dass er nicht in ihrem Gewahrsam sei und erklärte ihn als flüchtig.

Juan Almontes Familie und ihre Anwälte haben bisher keine offizielle Nachricht über den Stand der Ermittlungen zu seinem Verschwinden erhalten, obwohl sie drei Mal Beschwerde bezüglich seiner Entführung eingereicht haben. Die Inter-Amerikanische Menschenrechtskommission hat das Verhalten der dominikanischen Behörden als inadäquat eingestuft.

„Verschwindenlassen“ und Entführungen rufen eine besondere Form des Leids bei den Angehörigen des Opfers hervor, da sie nicht wissen, ob der Verschwundene noch lebt. Ihnen wird damit die Trauerarbeit verwehrt und sie können die rechtlichen und praktischen Probleme wie z.B. Erbschafts- und Rentenangelegenheiten nicht angehen. Für sie ist es ein Verschwinden ohne Ende.

Unsere Forderungen:

- Almontes Familie soll erfahren, was mit ihm geschehen ist.
- Falls er sich in Haft befindet, muss er sofort freigelassen werden bzw. muss wegen eines tatsächlichen Tatbestands offiziell Anklage gegen ihn erhoben werden.
- Die für sein Verschwinden Verantwortlichen müssen vor Gericht gebracht werden.
- Seine Familie und Anwälte müssen den notwendigen Schutz erhalten, wenn sie dies wünschen.

Zur Unterstützung unserer Forderungen haben wir u. a. div. Briefaktionen und Gesichteraktionen durchgeführt. Die Videos haben wir in Deutsch und Spanisch erstellt. Die spanische Version nutzen wir für die Pressearbeit in der Dominikanischen Republik. Weitere Aktionen werden folgen:

www.amnesty-badhonnef.de/juan.html

C. Fragen an die Kandidatinnen und die Kandidaten sowie die Parteien

Die Fragen sind – unabhängig vom jeweiligen Wahlprüfstein – durchnummeriert.

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?
- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

1. Waffenhandel

Amnesty International setzt sich seit den frühen 1990er Jahren für eine robuste und rechtsverbindliche globale Regulierung des internationalen Waffenhandels ein, um den Zufluss konventioneller Waffen und Munition einzudämmen, die Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen weiter anheizen.

Im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das 1. Halbjahr 2019 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik verfolgt. Dabei spiele die Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland bei der Entscheidungsfindung eine hervorgehobene Rolle. Wenn hinreichender Verdacht bestünde, dass die zu liefernden Rüstungsgüter zur internen Repression oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht würden, würde eine Genehmigung grundsätzlich nicht erteilt.

Deutschland belegt seit 2004 kontinuierlich einen der vorderen Plätze im internationalen Waffenhandel. Es geht nicht nur um die Masse der exportierten Waffen, sondern vor allem auch um die Empfängerländer. Nach dem Rüstungsexportbericht für das 1. Halbjahr 2019 entfallen rund 40% des Gesamtwertes der Exporte von 5,3 Mrd. € (1. Hj. 2018 = 2,6 Mrd. €) auf Drittländer. Zu diesen Drittländern zählen beispielsweise auch Ägypten, Algerien, Katar und Saudi-Arabien, Pakistan und Venezuela. Es handelt sich also um Staaten mit verschiedenen Menschenrechtsverletzungen, wie beispielsweise mangelnder Pressefreiheit, mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Repression.

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?
- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

2. Terrorismusbekämpfung

Nach dem 11. September 2001 haben viele Menschen Angst vor terroristischen Aktionen und schließen nach Gewaltaktionen auch Folter und Inhaftierung ohne rechtsstaatliche Grundlage nicht aus. Hier sollen beispielhaft drei Fälle erwähnt werden:

- (1) Die Türkei wendet die türkischen Antiterror- und Demonstrationsgesetze häufig missbräuchlich an, wie bei der Absetzung von Bürgermeistern der HDP oder der Unterdrückung friedlicher Demonstrationen.

- (2) Recherchen von Amnesty International haben stichhaltige Beweise dafür zutage gefördert, dass die immer aggressiveren Luftangriffe der USA in Somalia mit Drohnen zahlreiche zivile Todesopfer gefordert haben (bei 5 Luftangriffen = 14 Zivilpersonen getötet).
- (3) "Als US-Präsident Trump die Anordnung seines Vorgängers Barack Obama aufhob, das Militärgefängnis Guantánamo zu schließen, öffnete er einer neuen Ära der Menschenrechtsverletzungen Tür und Tor", sagte Daphne Eviatar, Direktorin für Sicherheit und Menschenrechte bei Amnesty International USA.

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

3. Flüchtlinge und Asyl

Sie fliehen vor Krieg, vor politischer oder religiöser Verfolgung, vor Übergriffen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft: Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, weil ihnen in ihrer Heimat Zerstörung, Misshandlung oder Folter drohen.

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?
- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

4. Rechtsstaatlichkeit

Der Kampf zwischen der bis Ende April 2020 amtierenden Präsidentin des Obersten Gerichtes Polens Gersdorf und der PIS hatte eine neue Stufe erreicht. Gersdorf und ihre Kollegen urteilten, mehr als 500 unter Kontrolle der Politik ernannte Richter seien nicht unabhängig und dürften daher nicht Recht sprechen. Die Regierung brachte das von ihr kontrollierte Verfassungsgericht in Stellung und das von der PIS dominierte Abgeordnetenhaus beschloss ein Gesetz, dass Richtern Gefängnis androht, wenn sie die Legalität anderer Richter bezweifeln (vgl. SZ v. 25./26.1.2020, S. 4 und 9). Gersdorf und Kollegen hatten nur ein Urteil des EuGH umgesetzt, wonach Europäisches Recht dem polnischen Recht im Falle von Widersprüchen vorgeht. Außerdem verlangt das Europäische Recht unabhängige Richter.

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?
- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

5. Menschenrechtserziehung

(Dieser Fragenkomplex ist allein für die Kandidaten zur Wahl als Bürgermeister bestimmt!)

Der Kalender der Menschenrechte und das begleitende Lehrmaterial von Amnesty International richten sich als Unterrichtsmaterial an Lehrkräfte und sollen Anregungen für die Auseinandersetzung mit der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" im Unterricht geben.

Fragen:

- (10) Welche Vorschläge für die Vermittlung der Menschenrechte und deren Umsetzung im täglichen Leben der Schüler können Sie sich an den Königswinterer Schulen vorstellen?
- (11) Welche Initiativen würden Sie begrüßen, um das Bewusstsein und das Engagement der Bevölkerung in Königswinter für die Menschenrechte zu verstärken?

D. Antworten der Kandidatinnen und der Kandidaten sowie der Parteien

Die Erläuterungen zu den fortlaufend durchnummerierten Fragen ergeben sich aus Abschnitt D.

I. Antworten der Bürgermeisterkandidaten**1. Dr. Bastian Reichardt – Kandidat der Linken****Einleitende Fragen**

(1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Wenn wir an die Menschenrechte denken, dann fallen uns schnell einige fundamentale Begriffe ein: Recht auf Bildung und Arbeit, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit etc. Ich möchte hier jedoch einen besonderen Aspekt unterstreichen: Artikel 30. Dieser besagt, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nicht so interpretiert werden darf, dass einzelne Punkte gelten, andere aber nicht. Dies ist eine grundlegende Regel, ohne welche die anderen Rechte beliebig zurechtgebogen werden könnten. Mir ist gerade dieser Artikel besonders wichtig, weil wir in der großen Politik auf Weltbühne immer wieder beobachten können, dass es gerade diese Regel ist, die gebrochen wird, um geopolitische Interessen umzusetzen. Da Ihre folgenden Fragen sich oft auf weltpolitische Zusammenhänge beziehen, habe ich bei meinen Antworten stets Artikel 30 im Hinterkopf.

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Der Einsatz für die Menschenrechte beginnt in der Aufklärung – in der Vermittlung ihrer Geschichte und ihrer Bedeutung. Die kontinuierliche Bildungsarbeit (mit all ihren Facetten) muss daher den Grundstein bilden für jede Person, die sich für die Menschenrechte einsetzt. Persönlich fokussiert sich mein Engagement auf die ethischen Grundlagen und Fragestellungen, die sich aus dem Thema der Menschenrechte ergeben. (Dies ist als Philosoph, der einige Jahre an einem Ethik-Institut gearbeitet hat, schlichtweg mein Beruf.) So durfte ich im Rahmen meiner Tätigkeit an der Universität Bonn 2012 mit einer vom ehemaligen britischen Premierminister Gordon Brown geleiteten UN-Gruppe über mögliche Erneuerungen der Menschenrechte zusammenarbeiten. Die Frage, ob die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eine Neuformulierung der Menschenrechtscharta nötig machen, ist durchaus plausibel und interessant. Jedoch kamen wir überwiegend zu dem Ergebnis, dass die seit 1948 gültige Charta problemlos in der Lage ist, auch moderne Fragen zu beantworten. Gerade darin zeigt sich die Bedeutsamkeit dieses Schriftstücks: Der universelle Anspruch der Menschenrechte gilt nicht nur für jeden Menschen, sondern auch – ausnahmslos – zu jeder Zeit.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?
- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antworten zu (3) und (4):

Die unverschämtesten politischen Lügen appellieren meist an die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung – wie etwa an das Sicherheitsbedürfnis. So wird gesagt, dass die deutsche Aufrüstungspolitik die Sicherheit Deutschlands garantieren würde. Dies soll letztlich die Produktion und den Export von Waffen legitimieren. Einer solchen absurden Logik zufolge wäre die Welt genau dann in völliger Sicherheit, wenn jedes Land bis an die Zähne bewaffnet sei. Dass Waffen keine Sicherheit bringen, sondern Mittel des Krieges sind, bleibt totgeschwiegen. Grundsätzlich bin ich gegen die Produktion von Kriegsgeräten und – damit verbunden – auch gegen ihren Export.

Gerade die Lieferung von Waffen an Diktaturen wie Saudi-Arabien hat im Nahen und Mittleren Osten eine desaströse Lage ausgelöst. Das saudische Regime betreibt insbesondere im Jemen einen Krieg, der im Land eine Hungernot ausgelöst hat, die durch die Vereinten Nationen als „größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit“ bezeichnet wird. Deutschland kann sich daraus nicht freikaufen: Die Bundesregierung exportiert weiterhin mit der Begründung des CDU-Wirtschaftsministers Altmaier: „Wenn wir es nicht machen, dann macht es jemand anders“.

Das Thema der Produktion von Waffen und anderen Kriegsgeräten ist dabei nichts Abstraktes oder Fernes. So gibt es im Rhein-Sieg-Kreis dutzende Firmen, die sich auf die Herstellung von militärischen Geräten spezialisiert haben: Zündmittel werden in Troisdorf produziert, Panzerungen für Gefechtsfahrzeuge in Lohmar, Systeme zur elektronischen Kampfführung werden in Meckenheim entwickelt und wer Ersatzteile für den Leopard-Panzer benötigt, wird in Ruppichteroth fündig. Waffenexporte sind kein abstraktes Thema. Waffen werden hier produziert und verkauft – oder mit anderen Worten: Der Krieg beginnt hier.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

„Antiterror“-Gesetze der AKP

Die türkischen „Antiterror“-Gesetze stellen eine Farce dar, welcher die Europäische Union untätig zusieht. Sie sollen die Meinungs- und Pressefreiheit unterdrücken und somit die oppositionelle Arbeit durch HDP, CHP oder PKK schon im Ansatz verhindern. Das Gesetzespaket aus dem Jahre 2018 dient damit letztlich dem Machterhalt Erdogans. Die Rolle der Europäischen Union kann hier als beschämend bezeichnet werden: Zwar sind die Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei praktisch zum Stillstand gekommen. Dies ist jedoch nur ein politisches Feigenblatt, welches die fortlaufenden Wirtschaftshilfen für die Türkei verdecken soll. Wäre die Europäische Union eine demokratische Wertegemeinschaft, dann wäre der mögliche Beitritt der Türkei spätestens seit 2018 vom Tisch.

US-Amerikanische Drohnenkriege

Die durch Barack Obama und Donald Trump immer weiter vorangetriebene Tötung durch Kampfdrohnen geht regelmäßig mit zivilen Toten einher, die als Kollateralschäden in das geopolitische Kalkül einbezogen sind. Die Praxis des „targeted killing“, welche nicht nur – aber vor allem – von den USA betrieben wird, muss als das bezeichnet werden, was es ist: Hinrichtung ohne vorherigen Prozess. Damit ist die US-amerikanische Kriegsführung mittels Drohnen ein Verstoß gegen die Genfer Konvention. So attestierte jüngst auch ein Report der Vereinten Nationen, dass die Tötung des iranischen Generals Qasem Soleimani eine „ungesetzliche, willkürliche Tötung“ gewesen sei – ungeachtet der Tatsache, dass Soleimani selbst für schlimmste Verbrechen verantwortlich war. Ausgeführt wurde dieser Akt der Willkür im Übrigen auf deutschem Boden – und zwar in der Militärbasis Ramstein, die für die USA als Relais-Station zur Steuerung ihrer Kampf- und Aufklärungsdrohnen dient.

Guantánamo Bay

Ich kann der Aussage von Daphne Eviatar nicht umstandslos zustimmen. Zweifellos sind mit Donald Trumps Präsidentschaft alle Bestrebungen zur Schließung des Lagers auf Eis gelegt. Jedoch stellt dies keine „neue Ära der Menschenrechtsverletzungen“ dar. Das Internierungslager Guantánamo Bay stellte schon von Beginn an eine eklatante Verletzung sowohl des Völkerrechts als auch der Menschenrechte dar. In diesem Lager wird genau das praktiziert, was die USA mit ihrer Interventionspolitik in anderen Teilen der Welt vorgeblich bekämpfen wollen: Folter, Umgehung der Justiz und Aushebelung demokratischer Strukturen. Das Lager, welches auf besetztem kubanischen Boden betrieben wird, ist damit die in Beton gegossene Doppelmoral der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft.

Flüchtlinge und Asyl**Fragen:**

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Krieg und Klimawandel sind die größten Fluchtursachen. In beiden Faktoren spielt Deutschland eine maßgebliche Rolle. Es liegt daher in unserer Verantwortung, die Folgen unseres Handelns zu tragen. Derzeit befinden sich weltweit etwa 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Der weitaus größte Teil ist aufgrund von Krieg innerhalb der eigenen Landesgrenzen flüchtend. Die vergleichsweise wenigen Menschen, die international flüchten (wie z.B. im Zusammenhang mit dem Syrienkrieg), könnten problemlos in der Europäischen Union aufgenommen und integriert werden, wenn diese Union sich denn an Werten statt an Wirtschaftsinteressen orientieren würde. Anstatt Verteilungsmechanismen zu etablieren, hat die Europäische Union in den letzten Jahren drei verschiedene Optionen geschaffen, um Flüchtende nicht aufnehmen zu müssen: (1) Wer es auf dem Seeweg auf das europäische Gebiet schafft, wird in überfüllten Lagern auf den Mittelmeerinseln festgehalten, (2) wer auf dem Landweg (Balkanroute) versucht in die EU zu kommen, wird durch den EU/Türkei-Deal aufgehalten und in einem türkischen Lager untergebracht oder (3) wer es auf dem Seeweg versucht, aber nicht schafft, ertrinkt im Mittelmeer. Die letzte Option – der Tod im Mittelmeer – ließ die EU seit 2015 für 16.859 Menschen Realität werden.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Königswinter hat sich seit Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise sowohl in der Bevölkerung als auch in der Stadtverwaltung viel Mühe in der kommunalen Migrationspolitik gegeben. Leider zeigt die COVID-19-Krise allerdings, dass die größte Integrationsarbeit eher in der Bevölkerung als in der Politik geleistet wurde: zu wenige und zu kleine Unterkünfte führen in Kombination mit der derzeitigen Pandemie zu gesundheitspolitischen Problemen. Der Kern des Themas ist – wie so oft – die kommunale Wohnraumpolitik. Die derzeit 250 Menschen, die in Königswinter als Flüchtende untergebracht sind, addieren sich zu den über 300 Menschen, die laut Wohnungsbaugesellschaft auf bezahlbaren Wohnraum warten. Es ist ein kommunalpolitisches Versäumnis in dieser Legislaturperiode nur eine minimale Anzahl von neuen Wohnungen geschafft zu haben.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Die Entwicklungen in Polen sind mit Sorge zu betrachten. Gerade auch deswegen, weil die Europäische Union aufgrund ihrer Strukturen wenig Einfluss nehmen kann, wenn sich die Visegrád-Staaten in den europäischen Gremien gegenseitig stützen. Die derzeitige Situation kommt allerdings auch nicht aus heiterem Himmel. Die EU ist nicht nur wirtschaftlich in ein Nord/Süd-Gefälle geteilt, sondern weist auch einen ideologischen Bruch zwischen West und Ost auf, der mit den Begriffen „liberale“ und „illiberale Demokratie“ bezeichnet werden kann. Dieser Bruch erklärt sich vor allem durch die Geschichte der Visegrád-Staaten, die während des Zweiten Weltkriegs durch ihre geographische Lage in den tödlichen Zangengriff zweier Regime kam: Nazi-Deutschland und Sowjetunion. Diese Erfahrungen haben in der Folge dazu geführt, dass ein autoritärer Protektionismus in diesen Staaten leicht verfängt. Die EU hat im Zuge ihrer Ost-Erweiterung zu wenig geleistet, um eine ideologische Anbindung dieser Staaten zu erreichen. Statt kultureller Annäherung wurde wirtschaftliche Abhängigkeit in den Vordergrund gestellt.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Dies ist pauschal nicht zu beantworten. Wenn es um die Sicherung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen in den Mitgliedsländern geht, dann sicherlich ja. Geht es allerdings um europäisches Recht, das wirtschaftliche Regulierungen in den Mitgliedsstaaten vorschreibt, bedarf es besonnener Abwägungen, weil allzu scharfe EU-Regulierungen das Verhältnis zwischen dem Mitgliedsland und der Staatengemeinschaft anspannen können – wie zuletzt beispiellos der Brexit zeigte.

Menschenrechtserziehung

Fragen:

- (10) Welche Vorschläge für die Vermittlung der Menschenrechte und deren Umsetzung im täglichen Leben der Schüler können Sie sich an den Königswinterer Schulen vorstellen?
- (11) Welche Initiativen würden Sie begrüßen, um das Bewusstsein und das Engagement der Bevölkerung in Königswinter für die Menschenrechte zu verstärken?

Antworten zu (10) und (11):

Wie einleitend gesagt, beginnt der Einsatz für die Menschenrechte in der Aufklärung. Die Bildungsarbeit von Amnesty International ist daher als durchweg positiv zu beurteilen. Diese Arbeit ließe sich durch verstärkte Kontakte zu den Schulen ausbauen, sodass nicht nur Informationsmaterial angeboten wird, sondern auch regelmäßige Veranstaltungen organisiert werden.

2. Lutz Wagner – Kandidat der SPD, Grünen, Königswinterer Wählerinitiative

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Zunächst einmal stehe ich zu 100% hinter dem ersten rechtlichen Instrument, Der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, das allgemeine Menschenrechte überall auf der Welt schützt.

In den 30 Artikeln wurden die wesentlichen Werte ausgedrückt, die uns als Menschen und Gesellschaften bei unseren Handlungen leiten sollten: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."

Eigentlich verbietet es sich, einzelne Artikel auszusuchen, aber in Hinblick auf die Möglichkeiten eines lokalen Politikers, möchte ich den Fokus legen auf folgende Menschenrechte:

- 1 Freiheit, Gleichheit, Solidarität
- 2 Verbot der Diskriminierung
- 3 Recht auf Leben und Freiheit
- 6 Anerkennung als Rechtsperson
- 7 Gleichheit vor dem Gesetz
- 8 Anspruch auf Rechtsschutz
- 9 Schutz vor Verhaftung und Ausweisung
- 13 Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit
- 14 Asylrecht
- 15 Recht auf Staatsangehörigkeit
- 18 Gedanken-, Gewissens-, und Religionsfreiheit
- 20 Versammlungsfreiheit
- 21 Allgemeines und gleiches Wahlrecht
- 22 Recht auf soziale Sicherheit
- 26 Recht auf Bildung

27 Freiheit des Kulturlebens

Da die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte selbst keine verbindliche Rechtsquelle des Völkerrechts darstellt und somit nicht einklagbar ist, ist das wichtigste Rechtsinstrument zum Schutz der Menschenrechte eine funktionierende politische Demokratie, die sich selbst und ihre Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt.

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Als Bürgermeister kümmere ich mich um alle Menschen, in Königswinter, egal welcher Herkunft, Hautfarbe, Religion und politischer Orientierung. Mein Ziel ist es gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern diese Stadt auf der Grundlage der Werte, die durch die Allgemeinen Menschenrechte ausgedrückt werden weiterzuentwickeln. Zum Beispiel habe ich mich, zusammen mit der Königswinterer Wählerinitiative dafür eingesetzt, dass Königswinter zu einem sicheren Hafen wird für Geflüchtete. Im Kosovo Krieg in den 90er Jahren und auch jetzt bei der großen Flüchtlingsbewegung 2015 sind mir die oben angesprochenen Artikel wichtig.

Ich selber habe in den 90er Jahren und auch 2015 bis 2018 in der Flüchtlings- und Integrationshilfe in Königswinter mitgearbeitet. 2016 habe ich maßgeblich zur Gründung des Netzwerk Integration Königswinter e.V. beigetragen. In diesem Zusammenhang habe ich mehrere konkrete Integrationsprojekte initiiert.

Waffenhandel

Fragen:

(3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Als Privatperson habe ich eine Meinung zu diesen Themen, denn als Privatperson bin ich auch Wähler. Ich sehe das Verhalten der Bundesregierung sehr kritisch. Als Bürgermeisterkandidat einer Kommune, die keinen Einfluss auf diese Themen hat, kann ich hierzu leider nicht antworten.

(4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Siehe oben

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Zu diesen Fragen habe ich als Privatperson eine Meinung, aber als Bürgermeister einer Kommune sind das nicht meine Themen, die ich mit den Bürgerinnen und Bürgern in Königswinter vorantreiben kann und möchte.

Aber: Ich begrüße die Arbeit von Amnesty International sehr und sehe darin einen großen Beitrag, Menschen über Ländergrenzen, kulturelle, religiöse und ideologische Grenzen hinweg anzusprechen und für die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu sensibilisieren und den großen Wert der Vereinten Nationen zu erkennen. Das Verhalten der Türkei gegenüber oppositionellen Kräften, Journalisten und anderen Kritikern ist definitiv mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar. Die Politik Donald Trumps sehe ich auch im Punkt Guantánamo sehr kritisch.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Auf jeden Fall. Aus verschiedenen Gründen: wir sind Teil Europas und wenn in anderen Teilen Europas, Moria in Griechenland oder Städte in Süditalien die Kapazitäten nicht ausreichen, müssen andere Europäische Länder meiner Meinung nach helfen. Das können Sie dann tun, wenn die Kommunen damit einverstanden sind.

Königswinter ist eine solche Kommune. Zusammen mit der Königswinterer Wählerinitiative habe ich mich stark gemacht dafür, dass unsere Verwaltung in Königswinter regelmäßig überprüft, ob wir in den Unterkünften noch Platz haben. Wir können uns vorstellen, als "sicherer Hafen" Stadt weitere Geflüchtete aufzunehmen.

(7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Es ist immer möglich, mehr zu tun, als in einer Kommune getan wird. Meine Schwerpunkt wird liegen auf:

- *Das Thema Integration in der Stadtverwaltung als Schwerpunktgebiet zu erhalten und weiterhin finanziell auszustatten.*
- *Wichtig ist, dass wir uns künftig noch intensiver um das Thema: gleichberechtigtes Angebot für den Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt und Wohnraum kümmern*
- *Private, ehrenamtliche Initiativen und Vereine, die sich um die kulturelle Vielfalt und Integration in Königswinter kümmern, zu stärken*
- *Mir persönlich wäre sehr daran gelegen, wenn wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund ermuntern könnten, in unseren politischen Gremien mitzuarbeiten, damit wir ihre Stimme politisch überhaupt einmal hören können.*

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Als Privatperson habe ich eine Meinung zu diesen Themen, denn als Privatperson bin ich auch Wähler. Als Bürgermeister einer Kommune, die keinen Einfluss auf diese Themen hat, kann ich hierzu leider nicht antworten.

Auch hier gilt: Amnesty International leistet hier als internationaler großer Fachverband eine hervorragende Arbeit und ich wünsche Ihnen, dass Sie möglichst viele private Personen als Unterstützerinnen und Unterstützer gewinnen. Als Privatperson mit einer klaren politischen Haltung schaue ich sehr besorgt auf die Entwicklung in unserem Nachbarland.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Ja, ich würde dies definitiv befürworten, auch wenn ich mir bewusst bin, dass derartige Vorgaben evtl. sogar die antieuropäischen und nationalistischen Kräfte noch stärken könnten.

Menschenrechtserziehung

Fragen:

- (10) Welche Vorschläge für die Vermittlung der Menschenrechte und deren Umsetzung im täglichen Leben der Schüler können Sie sich an den Königswinterer Schulen vorstellen?
- (11) Welche Initiativen würden Sie begrüßen, um das Bewusstsein und das Engagement der Bevölkerung in Königswinter für die Menschenrechte zu verstärken?

Antworten zu (10) und (11):

Das würde ich im Falle meiner Wahl sehr gerne mit Ihnen im direkten Austausch erläutern. Hier kann ich mir sehr gut eine punktuelle Zusammenarbeit von ai mit den Schulen, aber auch anderen sozialen Gruppen zur Bewusstseinsbildung vorstellen.

3. Peter Wirtz – Kandidat der CDU



Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland formuliert in den Grundrechten eindeutig, wofür unser Land steht und auch ich ganz persönlich stehe.

Im Kontext der vielen Menschenrechtsverletzungen sind für mich die Rechte auf körperliche Unversehrtheit, freie Meinungsäußerung und die Wahrung der Würde des Menschen besonders wichtig.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Jeder kann sich zu Hause, in der eigenen Familie, im Beruf und in der Öffentlichkeit wirkungsvoll für die Menschenrechte einsetzen. Die Wahrung dieser Rechte beginnt im Kopf und mit der eigenen Haltung.

Der Einsatz für den internationalen Schutz der Rechte ist nur eine Seite von ‚amnesty‘, die Wahrung und Beachtung der Grundrechte im Kontakt mit jedem, dem wir begegnen, die andere.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Diese Frage lässt sich nicht pauschal beurteilen. Hier kommt es immer auf den Einzelfall an, der auf der Grundlage von Erkenntnissen, die ich nicht habe, von der Regierung zu beurteilen ist.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja! Hierbei ist jedoch auch zu bedenken, dass dann illegalen Strukturen und Wegen Raum gegeben werden könnte.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

In all diesen Fällen ist es Aufgabe der Weltgemeinschaft, auf die jeweiligen Entscheider Einfluss zu nehmen und die Wahrung der Menschenrechte durchzusetzen.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Die gerechte Verteilung von Flüchtlingen auf die Länder der EU ist eine europäische Aufgabe, in der Deutschland bisher einen Großteil der Aufnahme von Flüchtlingen übernommen hat. Eine weitergehende Aufnahme kann nur dann gelingen, wenn die Integration der Geflüchteten Fortschritte macht. Dazu gehört für mich die Bereitschaft jedes Geflüchteten, dass er die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates vollständig akzeptiert und zur Integration bereit ist.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Rückblickend kann ich feststellen, dass die am Anfang überfordernde Aufnahme von Flüchtlingen in Königswinter dank des Einsatzes der Verwaltung und der unzähligen ehrenamtlichen Helfer und Betreuer gut funktioniert hat. Ich glaube, dass wir uns für zukünftige neue Notfälle wappnen müssen und zB auch eine neue zusätzliche Unterkunft vorhalten müssen. Die Anstrengungen im Bereich der Integration sind beizubehalten und von Bund und Land ausreichend zu finanzieren.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ich hatte das Glück, Frau Gersdorf persönlich kennenlernen zu dürfen und von ihr die ganze Dimension des Rechtsbruchs erfahren zu dürfen. Der Versuch, die richterliche Unabhängigkeit abzuschaffen, ist ein massiver Hinweis auf den Verfall des Rechtsstaates.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Ja, das ist die wichtigste Aufgabe um die Einheit in der EU und gleiche Lebensverhältnisse zu wahren.

Menschenrechtserziehung

Fragen:

- (10) Welche Vorschläge für die Vermittlung der Menschenrechte und deren Umsetzung im täglichen Leben der Schüler können Sie sich an den Königswinterer Schulen vorstellen?

Antwort:

Neben der sehr guten Vermittlung von Wissen sollten in unseren Lehrplänen auch Freiräume für die Vermittlung allgemeiner gesellschaftspolitischer Themen, die alle Fragen rund um die Menschenrechte mit einschließen, eingeplant werden.

- (11) Welche Initiativen würden Sie begrüßen, um das Bewusstsein und das Engagement der Bevölkerung in Königswinter für die Menschenrechte zu verstärken?

Antwort:

In erster Linie muss das Thema platziert werden. Hier kommt amnesty international eine tragende Aufgabe zu. Mit Ausstellungen in den Rathäusern ist ein erster Schritt getan, um Aufmerksamkeit zu erreichen. Diese Bemühungen sollten fortgesetzt werden.

II. Antworten der Kreistagskandidatinnen / en

1. Andreas Danne – Kandidat der Linken

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Für mich beginnen die Menschenrechtsthemen schon bei der Armutsbekämpfung in unserer Stadt Königswinter z.B. gleichen und gerechten Bildungs-Chancen für alle Kinder und Jugendliche. Das beginnt schon mit einem kostenlosen KITA-Angebot für alle. Ebenso die Gewährleistung einer möglichst wohnortnahen und kostenfreien Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Das beginnt schon da, wo ein alter Mensch aufgrund seiner Armut sich notwendige Medikamente nicht mehr leisten kann oder ohne Zähne leben muss, weil er die horrenden Zahnarztkosten nicht bezahlen kann.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Überall, wo die Menschenrechte verletzt werden.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?
- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antworten zu (3) und (4):

Ich lehne jede Waffenproduktion grundsätzlich ab und bin für ein komplettes Verbot von Waffenproduktionen in Deutschland und natürlich auch für ein Exportverbot!

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Terrorismusbekämpfung ist kein Kommunalpolitisches Thema!

a. Der türkische Diktator und Massenmörder Erdogan gehört abgewählt und sollte sich vor dem Europäischen Gerichtshof verantworten müssen, ebenso seine ihm zuarbeitenden Partei- und Gesinnungsgenossen.

b. Drohnenproduktion und Drohnenmorde lehnt DIE LINKE - natürlich auch ich - grundsätzlich ab.

c. Das Foltergefängnis der USA Guantanamo ist mit dem Völkerrecht nicht vereinbar und gehört sofort geschlossen.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Ich sehe eine Verpflichtung für die Europäische Union und Deutschland, alle Flüchtlinge aufzunehmen, die zu uns kommen möchten. Die Aufnahme aller Flüchtlinge ist eine humanitäre Verpflichtung, der wir uns stellen müssen und bestimmt nicht lösen, indem wir jedes Jahr tausende Menschen im Mittelmeer elendig ertrinken lassen..

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

JEIN! Sicherlich ist die Stadt Königswinter - einschließlich der vielen privat geschaffenen Netzwerke für Flüchtlinge - eine der Kommunen, die sich auf kommunaler Ebene sehr um die Integration und Versorgung der bei uns zurzeit etwa 250 lebenden geflüchteten Menschen bemüht. Die Unterbringung der geflüchteten Menschen oft über sehr lange Zeit - nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit dem Corona-Virus - ist mangelhaft und inakzeptabel. Es fehlen in Königswinter mindestens 400 bezahlbare Sozialwohnungen. Übrigens ein Versäumnis der jetzigen Mehrheitskoalition unter CDU-Führung.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?
(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antworten zu (8) und (9):

Die Fragen 8 und 9 beantworte ich Ihnen gerne vor der nächsten Europawahl, sollte ich da als Direktkandidat meiner Partei gewählt werden und Sie noch diese Fragenkataloge versenden.

2. Franz Gasper – Kandidat der CDU

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Alle Themen, die Menschenrechte betreffen, sind sehr wichtig und vorrangig zu betrachten, weil jeder mal in eine Situation kommen kann, wo er fair und menschlich behandelt werden will.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Persönlich hab ich beruflich oftmals mit Menschen (deutschen und ausländischen) zu tun, welche die Hilfe Anderer benötigen, um zu ihrem Recht zu kommen. Das ist das Mindeste was ich tun kann.

Jeder hat einen Anspruch auf Achtung seiner Menschenrechte.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Grundsätzlich ja.

Grundsätzlich bedeutet jedoch auch, dass es Ausnahmen gibt bzw. geben sollte und diese Option würde ich in den genannten Fällen ziehen und eben keine Waffen o.a. Gegenstände ausliefern lassen.

Es wäre eine schöne Welt, wenn nirgendwo Waffen produziert und verkauft würden.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja, absolut.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Ich stimme Ihnen auch hier absolut zu. Hier werden demokratische Rechte unterdrückt und die Würde des Einzelnen beeinträchtigt. Das sind Menschenrechtsverletzungen.

Das Traurige daran ist, dass wir dies nicht so beeinflussen können, dass es unterbunden werden kann. Umso mehr verdient das Engagement von Amnesty International „Höchsten Respekt“.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Wir können mehr Flüchtlinge aufnehmen, dass hat meine Heimatstadt auch deutlich bekundet. Hier steht jeder Staat in der Pflicht, Flüchtlingen und Asylsuchenden zu helfen.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

In unserer Stadt hat die Stadtverwaltung mit ihren Mitarbeitern bisher einen hervorragenden Job gemacht. Dies ging weit über das Notwendige hinaus.

Auch das bürgerliche Engagement in unserer Stadt war hervorragend. Meine Familie hat hier auch aktiv mitgewirkt. Es ist überraschend, wie schnell sich Menschen finden, die Anderen spontan helfen.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?
(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Es handelt sich hier weniger um den Verfall des Rechtsstaates Polen. Vielmehr beginnt dort die Rückkehr in ein totalitäres Regime. Hier müsste die EU weitaus konsequenter die Einhaltung der demokratischen Rechte einfordern.

3. Dr. Josef Griese – Kandidat der CDU

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland formuliert in den Art. 1 bis 19 die Grundrechte. Ungeachtet der Unverzichtbarkeit aller Grundrechte sind mir in der aktuellen Situation in Deutschland und auf dem Globus die persönlichen Freiheitsrechte Freie Entfaltung sowie Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Ehe-, Familien- und Kinderrechte sowie das Asylrecht von besonderer Bedeutung.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

In der eigenen Familie, im Freundeskreis, im beruflichen Umfeld, in den kirchlichen Organisationen und - als Kommunalpolitiker - in der örtlichen Politik bestehen vielfältige

Möglichkeiten und Notwendigkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Dies auch unter Inkaufnahme von Risiken, gerade als Kommunalpolitiker, der in der Öffentlichkeit steht.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Ich gehe a priori nicht davon aus, dass die Bundesregierung Waffen exportiert, ohne vorher in jedem Einzelfall eine Gesamtbewertung dieses Exports vorzunehmen. Zu einer abschließenden Bewertung fehlen Aussenstehenden - dazu zähle ich mich - sicherlich valide Informationen.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

uneingeschränkt ja

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Fall 1: Herr Erdogan ist ein Antidemokrat, der nicht nur gewählte Bürgermeister willkürlich absetzt und friedliche Demonstrationen unterdrückt, sondern Journalisten verhaftet und jahrelang ohne Anklage einkerkt und auch unbescholtene Bürgerinnen und Bürger verhaftet.

Fälle 2 und 3: Was erwarten Sie von einem Präsidenten Trump?.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Ungeachtet der Tatsache, dass die Kommunen nicht über die Verteilung der Flüchtlinge entscheiden, dies ist eine (leider nicht gelöste) Aufgabe der Mitgliedsländer der EU, haben kürzlich alle Fraktionen im Stadtrat Königswinter über einen gemeinsam gestellten Antrag beschlossen, dass die Stadt bereit ist, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Menschen aus den griechischen Lagern und aus der Seenotrettung aufzunehmen und unterzubringen. Wir haben an Land und Bund appelliert, für eine europäische Lösung der Flüchtlingsfrage in den griechischen Lagern und in der Seenotrettung einzutreten und eine zusätzliche Aufnahmebereitschaft in Deutschland anzubieten. Damit bekennt sich die Stadt und der gesamte Rat zur Verantwortung, Menschen zu helfen und in unserer Stadt Schutz zu gewähren, die durch Krieg und Verfolgung ihre Heimat verlassen haben und Zuflucht suchen.

Wir stellen allerdings auch Forderungen an die Flüchtlinge: Anerkennung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Grundgesetzes, Bereitschaft zur Integration.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

In Königswinter ist nicht erst seit 2015, aber gerade seit 2015, sowohl von der Stadtverwaltung und auch von der ehrenamtlichen Zivilgesellschaft sehr gute Arbeit geleistet worden. Dennoch konnte insbesondere das Wohnungsproblem für anerkannte Flüchtlinge nicht gelöst werden, so dass immer noch eine nennenswerte Zahl an Flüchtlingen in den Flüchtlingsunterkünften wohnt und wohnen muss - dies mit allen Folgen, die wir insbesondere in der Corona-Pandemie erfahren müssen. Neben weiteren konkreten Planungen im geförderten (sozialen) Wohnungsbau denken wir intensiv darüber nach, eine weitere Unterkunft zu bauen.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ich stütze meine Meinung auf die Informationen, die ich über die Medien aufgenommen habe. Die Tatsache, dass die regierende PiS-Partei die richterliche Unabhängigkeit abgeschafft hat, ist ein deutlicher Hinweis auf den Verfall des Rechtsstaates. Zu fordern ist, dass die EU alle rechtlichen und wirtschaftlichen Mittel ausschöpft, um dies rückgängig zu machen.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

In Antwort zu Frage 8 enthalten.

4. Jasmin Sowa-Holderbaum – Kandidatin der Grünen

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Im Mittelpunkt der GRÜNEN Grundsatzpolitik steht der Mensch mit seiner Würde und Freiheit. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen liegt mir als Mutter besonders am Herzen. Gerade auch in der aktuellen Ausnahmesituation dürfen wir die Bewahrung der seelischen und körperlichen Unversehrtheit von Kindern - auch international, nicht aus den Augen verlieren.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Bezahlbarer Wohnraum für alle und die Aufnahme und Integration von Flüchtenden in Königswinter sind die Themen, für die wir GRÜNEN in Königswinter uns konkret stark machen wollen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Meiner Ansicht nach, sollte eine generelle Begrenzung von Waffenlieferungen das oberste Ziel sein. Die Lieferung von Waffen in Krisengebiete und in Staaten in denen die Menschenrechte grob missachtet werden, gefährdet den Frieden und die Sicherheit der Menschen. Die GRÜNEN fordern auf Bundesebenen bereits seit Längerem ein rechtlich verbindliches und transparentes Rüstungsexportkontrollgesetz.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Waffenlieferungen an Drittstaaten, die Menschenrechte missachten sind gem. der bereits geltenden Rüstungsexportrichtlinien jetzt schon nicht zulässig. Dass dies dennoch geschieht ist unverantwortlich. Hier muss dringend die demokratische Mitwirkung des Parlamentes und auch die der Öffentlichkeit gestärkt werden. Die Debatte um Rüstungsexporte gehört in die Mitte der Gesellschaft.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Die Unterdrückung friedlicher Demonstrationen und die international stattfindenden Menschenrechtsverletzungen, sollten uns stets vor Augen führen, dass die freie Meinungsäußerung und ein Leben in Frieden und Sicherheit Werte darstellen, für die es sich auch international einzustehen lohnt. Hier muss die Bundesregierung sich deutlich für die Einhaltung der Menschenrechte stark machen und finanzielle Interessen in der diplomatischen Kommunikation hinten anstellen.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

JA - Die Aufnahme und solidarische Verteilung Flüchtender in Europa ist für mich eine Frage der Menschlichkeit. Die Einführung eines europäischen Einwanderungsrechtes, welches die legale Einreise für Menschen ermöglicht, die in Europa arbeiten wollen ist

mehr als notwendig geworden. Es sollte einen europäischen Integrationsfonds geben, der Kommunen und Regionen bei der Umsetzung konkret unterstützt.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Den aktuellen Antrag der Königswinterer Wählerinitiative zur kurzfristigen Mobilisierung bereits vorhandener Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Seenotrettung und aus den Lagern in Griechenland unterstützen wir GRÜNE in Königswinter ausdrücklich. Aus Humanität und Solidarität mit den Menschen, die an den europäischen Außengrenzen in Seenot geraten, soll Königswinter zu einem „Sicheren Hafen“ der Seebrücke erklärt werden.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?
(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Die aktuelle Situation in Polen und auch in Ungarn in Hinblick auf Gewaltenteilung, Unterdrückung von Minderheiten und Beschneidung der Demokratie im Allgemeinen ist m.E. nach nicht mit europäischen Werten vereinbar. Die EU muss hier konkret Stellung beziehen und entschieden gegen die Missstände vorgehen. Es sollten hier alle zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch genommen werden. Auch der Einsatz finanzieller Hebel wie das Einfrieren von EU-Geldern, sollte als Mittel nicht außer Acht gelassen werden.

Ich persönlich habe hier die Petition <https://www.change.org/p/europeancommission-verteidigt-unsere-demokratie-in-der-corona-krise> mitgezeichnet.

5. Nils Suchetzki – Kandidat der SPD

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Mein Engagement in der SPD beruht darauf, dass ich fest daran glaube: Die Würde des Menschen ist unantastbar– Die Würde JEDES Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht oder sexueller Identität. Dementsprechend setze ich mich gegen Diskriminierung jeder Art ein.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Um es konkret zu machen zwei Beispiele, wie sich die SPD Königswinter bzw. ich in den letzten Monaten eingesetzt haben:

1. *Wir haben beantragt, dass wir als Stadt dem Bündnis Seebrücke beitreten und mehr Flüchtlinge - insbesondere Kinder - aus den menschenunwürdigen Lagern auf Lesbos holen. Um hier mit den anderen demokratischen Parteien im Königswinterer Stadtrat gemeinsam aufzutreten, haben wir dazu einen Kompromiss ausgehandelt, der die Aufnahme von mehr Flüchtlingen in Königswinter unterstützt, jedoch keinen Beitritt zum Bündnis Seebrücke vorsieht. Dieser Beitritt bleibt jedoch nach wie vor unser Ziel, sollten sich die Mehrheiten nach der Wahl im Stadtrat ändern.*
2. *Die Situation für LSBTIQ*-Menschen in Polen hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Städte in Polen haben sich zu LSBTIQ*-freien Zonen erklärt. Darunter auch eine Stadt unseres Partnerlandkreises Bunzlau. Gemeinsam mit unserem Juso-Kreisvorsitzenden Mario Dahm habe ich mich in einem Brief an den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Sebastian Schuster, gewandt. Seine nichtssagende Antwort, die darauf abzielt, dass er sich nicht in innerpolnische Konflikte einmischen möchte, war mehr als ernüchternd. Andere deutsche Städte haben versucht auf polnische Städte einzuwirken. Das Thema scheint Herrn Schuster wohl nicht wichtig genug zu sein.*

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

In der Bundesregierung gibt es zu dieser Thematik seit langem keine Einigkeit: Die SPD steht dafür, dass Waffenexporte nicht mehr außerhalb von EU- bzw. NATO-Länder geliefert werden. Das bedeutet keine Lieferungen mehr an die genannten Länder. Das hat Sigmar Gabriel bereits 2016 deutlich gemacht. Auch um die Jahreswende 2019/2020 hat sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich nochmal für das Thema stark gemacht. Die CDU will an den bisherigen Regelungen festhalten. Wer hier also echte Änderungen haben will, muss für eine starke SPD in der nächsten Bundesregierung stimmen.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Siehe Frage 3. Ich halte Einschränkungen bzw. ein Verbot von Waffenexporten an Drittländer, in denen Menschenrechte nicht geachtet werden, für richtig.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Jede Inhaftierung muss in einer Demokratie auf einer rechtsstaatlichen Grundlage fußen. Sowohl die Türkei als auch die USA haben u.a. die UN-Antifolterkonvention von 1987 unterzeichnet und ratifiziert. Dementsprechend sollten die beschriebenen Praktiken so eigentlich nicht vorkommen dürfen und müssen dementsprechend geahndet werden.

Die Einschränkung von Demonstrationsrechten (und noch viel mehr Menschenrechten) in der Türkei halte ich für falsch – leider entwickelt sich die Türkei in den letzten Jahren in eine falsche Richtung.

Bei Drohnenangriffen der USA darf die zivile Bevölkerung nicht Opfer werden. Die US-Wahl im November wird die USA hoffentlich wieder auf einen besseren Weg führen, das heißt u.a. die Schließung von Guantánamo.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Ja, sehe ich. Wie bereits bei Frage 2 geschrieben, halte ich die Aufnahme von mehr Flüchtlingen für geboten. Wichtig ist mir jedoch ebenfalls ein europäisches Vorgehen: Während es einige EU-Länder gibt, die proportional mehr Flüchtlinge aufnehmen, weigern sich andere strikt. Das ist keine solidarische europäische Haltung – die wir eigentlich dringend brauchen.

(7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

*In Königswinter haben wir die Flüchtlingssituation seit 2015 gut gemeistert. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an unsere Verwaltung mit all ihren Mitarbeiter*innen sowie an die zahlreichen ehrenamtlichen Kräfte, die einen großen Teil der Integrationsarbeit vor Ort leisten - ob das Netzwerk Integration in Oberpleis oder aber auch die Kirchen in Stieldorf.*

Engagement in der Flüchtlingshilfe ist wichtig und ich unterstütze gerne, wo möglich. Vor einigen Wochen habe ich beispielsweise noch beim Umzug einer syrischen Flüchtlingsfamilie aus der Altstadt nach Dollendorf geholfen.

Ansonsten, wie bereits bei Frage 2 geschrieben, stehen wir als SPD für den Beitritt zum Bündnis Seebrücke und zur humanitären Rettung von vor allem Kindern aus den Flüchtlingslagern im Mittelmeerraum.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

In Polen hat die Präsidentschaftswahl vor einigen Wochen leider nicht die erhoffte Wende erbracht: Die Situation des Rechtsstaats in Polen halte ich für bedenklich. Eine Demokratie zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass sie Minderheiten schützt und eine Gewaltenteilung zwischen Politik und unabhängiger Justiz herrscht. Ob und wie das aktuell in Polen noch der Fall ist, darf zumindest angezweifelt werden.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Selbstverständlich muss sich jedes EU-Land an europäisches Recht halten. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in diesem Jahr muss sich dafür einsetzen, dass dieses Recht überall durchgesetzt wird. Ich bin mir sicher, dass sowohl Außenminister Heiko Maas also auch Europastaatsminister Michael Roth (beide SPD) genau das tun werden.

6. Dagmar Ziegner – Kandidatin der FDP

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Als Mitglied der Freien Demokraten setze ich mich für Bürgerrechte, Selbstbestimmung und für die Gestaltung einer freien und sozialen Gesellschaft ein. Freiheit, Chancengleichheit und Respekt vor der Würde jedes Einzelnen sind die Leitsätze für unser politisches Handeln.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Der Einzug der AfD in den Bundestag und in die Kommunalpolitik war für mich der Anlass, kommunalpolitisch aktiv zu werden und mich als sachkundige Bürgerin in der FDP-Kreistagsfraktion für die Werte unserer Partei einzusetzen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Keine, vgl. (9)

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Keine, vgl. (9)

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Keine, vgl. (9)

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Die Verwendung des Begriffs "Flüchtling" für Asylsuchende und -Berechtigte sowie für Kriegsflüchtlinge ist für die Diskussion in der Öffentlichkeit nicht hilfreich. Eine präzisere Bezeichnung der verschiedenen Menschenströme in unserem Land würde helfen, die Akzeptanz derjenigen, die unserer Hilfe bedürfen, zu vergrößern. Die Frage, ob Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen könnte oder sollte, ist daher allgemein nur schwer zu beantworten. Unter humanitären Gesichtspunkten müssen und wollen wir helfen, aber die Bunderegierung muss diese Hilfe den Bürgerinnen und Bürgern verständlich machen, um die Akzeptanz zu fördern und rechtsradikalen Strömungen entgegenzuwirken. Denn dies ist weder im Sinne der Hilfsbedürftigen noch im Sinne der Bürger.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Der Umgang mit Flüchtlingen in Königswinter war und ist aus meiner Sicht vorbildlich und überzeugt durch hohes Engagement aller Beteiligten, gute Organisation und Kommunikationsbereitschaft. So konnten Konflikte zwischen Flüchtlingen und Einheimischen, die es in vielen anderen Kommunen gab, von vorneherein vermieden werden. Aktuell haben sich die Fraktionen aller im Königswinterer Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen auf nachfolgenden gemeinsamen Antrag verständigt, der demnächst im zuständigen Gremium verabschiedet werden wird:

„Die Stadt Königswinter bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen und in unserer Stadt Schutz zu gewähren, die durch Krieg und Verfolgung ihre Heimat verlassen haben und Zuflucht suchen.

Die Stadt Königswinter ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Menschen aus den griechischen Lagern und aus der Seenotrettung aufzunehmen und unterzubringen.

Wir appellieren an Bund und Land, für eine europäische Lösung der Flüchtlingsfrage in den griechischen Lagern und der Seenotrettung einzutreten, aber auch eine zusätzliche

Aufnahmebereitschaft in Deutschland anzubieten. Wir betrachten unsere erklärte Bereitschaft als Beitrag und gelebte Solidarität für die stark belasteten südeuropäischen EU-Nachbarländer.

Wir unterstützen die Forderungen aus der Erklärung von Potsdam vom 03.06.2019."

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Keine, vgl. (9)

(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort zu den Fragen 3,4,5,8,9:

Die in diesen Fragen angesprochenen Themen wie Waffenhandel, Terrorismusbekämpfung oder Rechtsstaatlichkeit sind nicht Teil meiner kommunalpolitischen Arbeit. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich Politiker vor allem zu den Themen äußern sollten, in denen sie über ein fundiertes Wissen verfügen. Ich halte es daher für unangemessen, wenn ich als Kommunalpolitikerin ohne nähere Kenntnisse auf diese komplexen Fragen antworte und möchte dies meinen Parteikollegen im Bundestag und Europaparlament überlassen. Dafür bitte ich um Verständnis.

III. Antworten der Parteien und Wählergemeinschaften

1. Bündnis 90 / Die Grünen

Einleitende Fragen

(1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Im Mittelpunkt der GRÜNEN Grundsatzpolitik steht der Mensch mit seiner Würde und Freiheit. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen liegt mir als Mutter besonders am Herzen. Gerade auch in der aktuellen Ausnahmesituation dürfen wir die Bewahrung der seelischen und körperlichen Unversehrtheit von Kindern - auch international, nicht aus den Augen verlieren.

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Bezahlbarer Wohnraum für alle und die Aufnahme und Integration von Flüchtenden in Königswinter sind die Themen, für die wir GRÜNEN in Königswinter uns konkret stark machen wollen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Meiner Ansicht nach, sollte eine generelle Begrenzung von Waffenlieferungen das oberste Ziel sein. Die Lieferung von Waffen in Krisengebiete und in Staaten in denen die Menschenrechte grob missachtet werden, gefährdet den Frieden und die Sicherheit der Menschen. Die GRÜNEN fordern auf Bundesebenen bereits seit Längerem ein rechtlich verbindliches und transparentes Rüstungsexportkontrollgesetz.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Waffenlieferungen an Drittstaaten, die Menschenrechte missachten sind gem. der bereits geltenden Rüstungsexportrichtlinien jetzt schon nicht zulässig. Dass dies dennoch geschieht ist unverantwortlich. Hier muss dringend die demokratische Mitwirkung des Parlamentes und auch die der Öffentlichkeit gestärkt werden. Die Debatte um Rüstungsexporte gehört in die Mitte der Gesellschaft.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Die Unterdrückung friedlicher Demonstrationen und die international stattfindenden Menschenrechtsverletzungen, sollten uns stets vor Augen führen, dass die freie Meinungsäußerung und ein Leben in Frieden und Sicherheit Werte darstellen, für die es sich auch international einzustehen lohnt. Hier muss die Bundesregierung sich deutlich für die Einhaltung der Menschenrechte stark machen und finanzielle Interessen in der diplomatischen Kommunikation hinten anstellen.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

JA - Die Aufnahme und solidarische Verteilung Flüchtender in Europa ist für mich eine Frage der Menschlichkeit. Die Einführung eines europäischen Einwanderungsrechtes, welches die legale Einreise für Menschen ermöglicht, die in Europa arbeiten wollen ist mehr als notwendig geworden. Es sollte einen europäischen Integrationsfonds geben, der Kommunen und Regionen bei der Umsetzung konkret unterstützt.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Den aktuellen Antrag der Königswinterer Wählerinitiative zur kurzfristigen Mobilisierung bereits vorhandener Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Seenotrettung und aus den Lagern in Griechenland unterstützen wir GRÜNE in Königswinter ausdrücklich. Aus Humanität und Solidarität mit den Menschen, die an den europäischen Außengrenzen in Seenot geraten, soll Königswinter zu einem „Sicheren Hafen“ der Seebrücke erklärt werden.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?
(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antworten zu (8) und (9):

Die aktuelle Situation in Polen und auch in Ungarn in Hinblick auf Gewaltenteilung, Unterdrückung von Minderheiten und Beschneidung der Demokratie im Allgemeinen ist m.E. nach nicht mit europäischen Werten vereinbar. Die EU muss hier konkret Stellung beziehen und entschieden gegen die Missstände vorgehen. Es sollten hier alle zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch genommen werden. Auch der Einsatz finanzieller Hebel wie das Einfrieren von EU-Geldern, sollte als Mittel nicht außer Acht gelassen werden.

Ich persönlich habe hier die Petition <https://www.change.org/p/europeancommission-verteidigt-unsere-demokratie-in-der-corona-krise> mitgezeichnet.

2. Christlich Demokratische Union

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Für mich sind dies alle im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland formulierten Grundrechte. Besonders wichtig ist für mich die Achtung der Würde jedes Menschen in Freiheit und Gleichheit. Darüber hinaus sind dies die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit sowie das Recht auf Eigentum.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Überall kann man sich für Menschenrechte einsetzen. Öffentlich und privat. Gerade als Politiker kann man die Wahrung der Menschenrechte zur Grundlage des eigenen Handelns machen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Um diese Frage zu beantworten, muss man alle Fakten kennen. Die kenne ich nicht.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Die Notwendigkeit sehe ich.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Auch die Terrorismusbekämpfung entbindet Staaten nicht von der Einhaltung der geltenden Menschenrechte, insbesondere der unantastbaren Würde des Menschen.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Alle Flüchtlinge, die vor Krieg, politischer oder religiöser Verfolgung, vor Übergriffen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder vor Misshandlung und Folter fliehen und nach Deutschland kommen, haben grundsätzlich Anspruch auf Asylrechtsprüfung. Insofern stellt sich die Frage nicht, mehr oder weniger Flüchtlinge mit Asylrecht aufzunehmen.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Ich denke, dass wir in Königswinter von Anfang an genug getan haben, um Flüchtlinge aufzunehmen. Selbst jetzt, wo weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, haben wir im Stadtrat eine Resolution beschlossen, weitere Flüchtlinge im Rahmen unserer Möglichkeiten aufzunehmen. Wichtiger als die Neuaufnahme erscheint mir aber die Frage, wie schnell können wir die hier lebenden Flüchtlinge integrieren, sprich, dass sie arbeiten und ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen sowie ihre Wohnungen selbst bezahlen können.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Um das genau zu beurteilen, fehlen mir wiederum die Fakten. Wenn aber die Gewaltenteilung aufgelöst wird, ist es mit dem Rechtsstaat nicht mehr weit her.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Selbstverständlich! EU-Recht kann ja nur seine Wirkung entfalten, wenn es durchgesetzt wird.

3. Die Linke

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Für mich beginnen die Menschenrechtsthemen schon bei der Armutsbekämpfung in unserer Stadt Königswinter z.B. gleichen und gerechten Bildungs-Chancen für alle Kinder und Jugendliche. Das beginnt schon mit einem kostenlosen KITA-Angebot für alle. Ebenso die Gewährleistung einer möglichst wohnortnahen und kostenfreien Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Das beginnt schon da, wo ein alter Mensch aufgrund seiner Armut sich notwendige Medikamente nicht mehr leisten kann oder ohne Zähne leben muss, weil er die horrenden Zahnarztkosten nicht bezahlen kann.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Überall, wo die Menschenrechte verletzt werden.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?
- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antworten zu (3) und (4):

Ich lehne jede Waffenproduktion grundsätzlich ab und bin für ein komplettes Verbot von Waffenproduktionen in Deutschland und natürlich auch für ein Exportverbot!

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Terrorismusbekämpfung ist kein Kommunalpolitisches Thema!

a. Der türkische Diktator und Massenmörder Erdogan gehört abgewählt und sollte sich vor dem Europäischen Gerichtshof verantworten müssen, ebenso seine ihm zuarbeitenden Partei- und Gesinnungsgenossen.

b. Drohnenproduktion und Drohnenmorde lehnt DIE LINKE - natürlich auch ich - grundsätzlich ab.

c. Das Foltergefängnis der USA Guantanamo ist mit dem Völkerrecht nicht vereinbar und gehört sofort geschlossen.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Ich sehe eine Verpflichtung für die Europäische Union und Deutschland, alle Flüchtlinge aufzunehmen, die zu uns kommen möchten. Die Aufnahme aller Flüchtlinge ist eine humanitäre Verpflichtung, der wir uns stellen müssen und bestimmt nicht lösen, indem wir jedes Jahr tausende Menschen im Mittelmeer elendig ertrinken lassen..

(7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

JEIN! Sicherlich ist die Stadt Königswinter - einschließlich der vielen privat geschaffenen Netzwerke für Flüchtlinge - eine der Kommunen, die sich auf kommunaler Ebene sehr um die Integration und Versorgung der bei uns zurzeit etwa 250 lebenden geflüchteten Menschen bemüht. Die Unterbringung der geflüchteten Menschen oft über sehr lange Zeit - nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit dem Corona-Virus - ist mangelhaft und inakzeptabel. Es fehlen in Königswinter mindestens 400 bezahlbare Sozialwohnungen. Übrigens ein Versäumnis der jetzigen Mehrheitskoalition unter CDU-Führung.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antworten zu (8) und (9):

Die Fragen 8 und 9 beantworte ich Ihnen gerne vor der nächsten Europawahl, sollte ich da als Direktkandidat meiner Partei gewählt werden und Sie noch diese Fragenkataloge versenden.

4. Freie Demokratische Partei

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Wir, die Freien Demokraten, bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relativieren. Ganz besonders stehen wir dabei für Bürgerrechte, Selbstbestimmung und für die Gestaltung einer freien und sozialen Gesellschaft. Freiheit, Chancengleichheit und Respekt vor der Würde jedes Einzelnen sind die Leitsätze für unser politisches Handeln.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Diese Grundsätze wollen wir auch in der Kommunalpolitik verwirklichen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Wir, die Freien Demokraten, wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. Die Unsicherheit und Bedrohung für die Menschen in den betroffenen Gebieten wird hierdurch nachhaltig erhöht und die Chancen auf Friedens- und Konfliktlösungen können ebenfalls behindert werden. Es sollte deshalb auch für die Zukunft Grundpfeiler deutscher Außenpolitik sein, Rüstungsexporte in Konfliktregionen auszuschließen. Die Entscheidung über Rüstungsexporte soll auch weiterhin durch die Bundesregierung erfolgen als Teil ihrer exekutiven Kernaufgaben. Insofern sind wir auf kommunaler Ebene mit diesem Thema nicht befasst.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Es wird auf die Antwort zu Ziffer 3 verwiesen.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Die Tötung von Zivilpersonen bei kriegerischen Auseinandersetzungen verstößt gegen alle einschlägigen internationalen Konventionen. Sie ist daher in jedem Fall, nicht nur in den geschilderten, zu verurteilen. Folter ist in jedem Fall, ohne die Möglichkeit einer Güterabwägung, verboten.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Deutschland hat eine eigene Vergangenheit, die von Flucht und Vertreibung gekennzeichnet war. Aus diesem Grund statuiert das Grundgesetz in Deutschland als einzigem Land weltweit einen nationalen Rechtsanspruch auf Asyl. Allerdings ist Krieg ein Fluchtgrund, der, so verständlich er ist, weder nach dem Grundgesetz noch nach der Genfer Flüchtlingskonvention einen Asylgrund darstellt. Angesichts dessen ist die unterschiedslose Verwendung des Begriffs "Flüchtling" für Asylsuchende und -Berechtigte sowie für Bürgerkriegsflüchtlinge für die Diskussion in der Öffentlichkeit nicht hilfreich. Eine präzisere Bezeichnung der verschiedenen Menschenströme in unser Land würde helfen, die Akzeptanz derjenigen, die unserer Hilfe bedürfen, zu vergrößern. Die Frage, ob Deutschland "mehr" Flüchtlinge aufnehmen könnte, bzw. ob wir dafür eine Verpflichtung sehen, ist daher nur schwer zu beantworten. Unter humanitären Gesichtspunkten müssen und wollen wir helfen, aber wir müssen diese Hilfe unseren Bürgerinnen und Bürgern auch so "verständlich" machen, dass sie rechtsradikale und nationalistische Tendenzen nicht ins Unerträgliche verstärkt. Dies kann weder im Sinne der Hilfsbedürftigen noch im Sinne der Einheimischen sein.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Die Fraktionen aller im Königswinterer Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen haben sich auf nachfolgenden gemeinsamen Antrag verständigt, der demnächst im zuständigen Gremium verabschiedet werden wird:

- "1. Die Stadt Königswinter bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen und in unserer Stadt Schutz zu gewähren, die durch Krieg und Verfolgung ihre Heimat verlassen haben und Zuflucht suchen.*
- 2. Die Stadt Königswinter ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Menschen aus den griechischen Lagern und aus der Seenotrettung aufzunehmen und unterzubringen.*
- 3. Wir appellieren an Bund und Land, für eine europäische Lösung der Flüchtlingsfrage in den griechischen Lagern und der Seenotrettung einzutreten, aber auch eine zusätzliche Aufnahmebereitschaft in Deutschland anzubieten. Wir betrachten unsere erklärte Bereitschaft als Beitrag und gelebte Solidarität für die stark belasteten südeuropäischen EU-Nachbarländer.*
- 4. Wir unterstützen die Forderungen aus der Erklärung von Potsdam vom 03.06.2019."*

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Unter Bezugnahme auf die Aussage in Ziffer 1 stellt die Einflussnahme der Legislative auf die Judikative in Polen, wie in anderen Ländern, oder die Ausschaltung der parlamentarischen Kontrolle durch unberechtigte Notstandsregelungen, wie in Ungarn, selbstverständlich einen Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip dar. Ob es sich um ei-

nen "Verfall des Rechtsstaates" handelt lässt sich von uns mangels exakter Kenntnisse nicht beurteilen.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Die FDP ist eine Europa-orientierte Partei. Europa hat für uns einen besonderen Stellenwert. Die EU sollte daher europäisches Recht gegenüber allen Mitgliedsstaaten durchsetzen können und auch durchsetzen. Dass die EU insoweit aber ein zahnloser Tiger ist, ist ein Geburtsfehler und u. a. auch der schnellen Expansion nach dem Fall des eisernen Vorhangs geschuldet. Es wäre zu wünschen, dass die europäischen Verträge in dieser Hinsicht nachgebessert werden könnten. Faktisch dürfte dies angesichts der nationalen Egoismen aber ein Wunschtraum bleiben.

5. Königswinterer Wählerinitiative

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Zunächst einmal stehe ich zu 100% hinter dem ersten rechtlichen Instrument, Der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, das allgemeine Menschenrechte überall auf der Welt schützt.

In den 30 Artikeln wurden die wesentlichen Werte ausgedrückt, die uns als Menschen und Gesellschaften bei unseren Handlungen leiten sollten: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."

Eigentlich verbietet es sich, einzelne Artikel auszusuchen, aber in Hinblick auf die Möglichkeiten aus Sicht der Kommunalpolitik erscheinen uns folgende Menschenrechte:

- 1 Freiheit, Gleichheit, Solidarität*
- 2 Verbot der Diskriminierung*
- 3 Recht auf Leben und Freiheit*
- 6 Anerkennung als Rechtsperson*
- 7 Gleichheit vor dem Gesetz*
- 8 Anspruch auf Rechtsschutz*
- 9 Schutz vor Verhaftung und Ausweisung*
- 13 Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit*
- 14 Asylrecht*
- 15 Recht auf Staatsangehörigkeit*
- 18 Gedanken-, Gewissens-, und Religionsfreiheit*
- 20 Versammlungsfreiheit*
- 21 Allgemeines und gleiches Wahlrecht*
- 22 Recht auf soziale Sicherheit*
- 26 Recht auf Bildung*
- 27 Freiheit des Kulturlebens*

Da die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte selbst keine verbindliche Rechtsquelle des Völkerrechts darstellt und somit nicht einklagbar ist, ist das wichtigste Rechtsin-

strument zum Schutz der Menschenrechte eine funktionierende politische Demokratie, die sich selbst und ihre Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. In den letzten Jahren haben wir uns als Wählerinitiative stark für die Integrationsarbeit engagiert und eine Professionalisierung des Ehrenamts in der Flüchtlingsarbeit gefordert und durchsetzen können. Unsere Stadt hat sich damit viel stärker als zuvor mit den Fragen der Integration in den Arbeitsmarkt oder der Integrationskurse befasst. Einzelne Mitglieder unsere Initiative waren maßgeblich an der Gründung des Netzwerkes Integration Königswinter (NIK) beteiligt..

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Konkret haben wir in den letzten Jahren die Flüchtlingsarbeit professioneller und abgestimmter aufstellen können (siehe oben). Im Rat haben wir immer wieder Initiativen für eine solidarische Gesellschaft eingebracht oder unterstützt. Klar positionieren wir uns gegen die Parolen der AfD.

Waffenhandel

Fragen:

(3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Wir lehnen den Waffenhandel, der von deutschem Boden und von deutschen Unternehmen oder von Unternehmen mit deutscher Beteiligung erfolgt, kategorisch ab. Richtet man den Blick auf die Ausfuhrbestimmungen der Bundesregierung, dann muss festgestellt werden, dass die Ausfuhr an despotische Regierungen, die diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung oder in regionalen Konflikten einsetzen, den Bestimmungen nach höchst problematisch – bzw. als rechtswidrig – angesehen werden müssen.

(4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Wir sehen die Verbreitung von Waffen – insb. Kleinwaffen – für sehr kritisch. Leider zeigt sich auch, dass Waffen an verbündete Staaten, wie in der NATO, missbräuchlich eingesetzt werden (siehe Türkei). Dies kann nicht im deutschen und internationalem Interesse liegen.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Wir unterstützen die Arbeit von Amnesty International sehr und sehe darin einen großen Beitrag, Menschen über Ländergrenzen, kulturelle, religiöse und ideologische Grenzen hinweg anzusprechen und für die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu sensibilisieren und den großen Wert der Vereinten Nationen zu erkennen. Im Zuge des "weltweiten Kampfes" gegen den Terror wurden Maßnahmen und Vorgehen legitimiert, die nach dem Völkerrecht höchst problematisch zu beurteilen sind. Offensichtlich ist der völkerrechtliche Kompass – auch in Demokratien – stark unter Druck geraten.

Das Primat des Krieges greift leider immer mehr um sich. Die erhoffte Friedensdekade nach 1990 ist eine Illusion geblieben. Die Hemmschwelle des Todens durch den Einsatz neuer Waffensysteme stimmt und nachdenklich. Von einer friedlichen Konfliktbearbeitung ist heute keine Rede mehr. Dabei schürt Gewalt und Krieg weiter den Terror und bietet den Verfechtern des Kampfes einen Nährboden.

Als Kommunalpolitiker haben wir hier eine klare Haltung und arbeiten vor Ort mit Initiativen und Einzelpersonen dafür, dass im alltäglichen Leben in unserer Stadt die Solidarität und die Hilfe für den Nachbarn über religiöse oder kulturelle Unterschiede praktiziert wird.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Auf jeden Fall. Aus verschiedenen Gründen: wir sind Teil Europas und wenn in anderen Teilen Europas, Moria in Griechenland oder Städte in Süditalien die Kapazitäten nicht ausreichen, müssen andere Europäische Länder meiner Meinung nach helfen. Das können Sie dann tun, wenn die Kommunen damit einverstanden sind.

Königswinter ist eine solche Kommune. Wir haben uns dafür stark gemacht dafür, dass unsere Verwaltung in Königswinter regelmäßig überprüft, ob wir in den Unterkünften noch Platz haben. Wir können uns vorstellen, als "sicherer Hafen" Stadt weitere Geflüchtete aufzunehmen. Leider gibt es bei der CDU Mehrheit im Rat weiterhin Vorbehalte.

(7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

- *Das Thema Integration in der Stadtverwaltung als Schwerpunktbereich zu erhalten und weiterhin finanziell auszustatten.*
- *Wichtig ist, dass wir uns künftig noch intensive um das Thema: gleichberechtigtes Angebot für den Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt und Wohnraum kümmern*
- *Private, ehrenamtliche Initiativen und Vereine, die sich um die kulturelle Vielfalt und Integration in Königswinter kümmern, zu stärken*
- *Wir sollten auch dafür werben, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund in unseren politischen Gremien stärker mitarbeiten, damit wir ihre Stimme politisch überhaupt einmal hören können..*

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Warum haben wir als Königswinter eigentlich keine Städtepartnerschaft nach Polen? Diese Frage treibt uns um. Dies ist natürlich historisch bedingt. Eine solche Partnerschaft könnte aber viel stärker die demokratischen Kräfte in Polen unterstützen.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Absolut. Die Europäische Kommission verfügt über wichtige Instrumente bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit. Diese ist doch letztlich der Kern des europäischen Versprechens. Die Vertragsverletzungsverfahren müssen konsequent angewandt werden. Nicht nur bei Polen.

Die Entwicklung in Ungarn muss wieder stärker in den Blick genommen werden. Leider hat sich durch die Erweiterung der Mitglieder, die wir grundsätzlich begrüßen, und eine erkennbare Rückkehr des Nationalismus auch in Europa vieles verkompliziert. Das Einstimmigkeitsprinzip ist da nicht gerade hilfreich.

6. Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Mein Engagement in der SPD beruht darauf, dass ich fest daran glaube: Die Würde des Menschen ist unantastbar– Die Würde JEDES Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht oder sexueller Identität. Dementsprechend setze ich mich gegen Diskriminierung jeder Art ein.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Um es konkret zu machen zwei Beispiele, wie sich die SPD Königswinter bzw. ich in den letzten Monaten eingesetzt haben:

- 1. Wir haben beantragt, dass wir als Stadt dem Bündnis Seebrücke beitreten und mehr Flüchtlinge - insbesondere Kinder - aus den menschenunwürdigen Lagern auf Lesbos holen. Um hier mit den anderen demokratischen Parteien im Königswinterer Stadtrat gemeinsam aufzutreten, haben wir dazu einen Kompromiss ausgehandelt, der die Aufnahme von mehr Flüchtlingen in Königswinter unterstützt, jedoch keinen Beitritt zum Bündnis Seebrücke vorsieht. Dieser Beitritt bleibt jedoch nach wie vor unser Ziel, sollten sich die Mehrheiten nach der Wahl im Stadtrat ändern.*
- 2. Die Situation für LSBTIQ*-Menschen in Polen hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Städte in Polen haben sich zu LSBTIQ*-freien Zonen erklärt. Darunter auch eine Stadt unseres Partnerlandkreises Bunzlau. Gemeinsam mit unserem Juso-Kreisvorsitzenden Mario Dahm habe ich mich in einem Brief an den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Sebastian Schuster, gewandt. Seine nichtssagende Antwort, die darauf abzielt, dass er sich nicht in innerpolnische Konflikte einmischen möchte, war mehr als ernüchternd. Andere deutsche Städte haben versucht auf polnische Städte einzuwirken. Das Thema scheint Herrn Schuster wohl nicht wichtig genug zu sein.*

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

In der Bundesregierung gibt es zu dieser Thematik seit langem keine Einigkeit: Die SPD steht dafür, dass Waffenexporte nicht mehr außerhalb von EU- bzw. NATO-Länder geliefert werden. Das bedeutet keine Lieferungen mehr an die genannten Länder. Das hat Sigmar Gabriel bereits 2016 deutlich gemacht. Auch um die Jahreswende 2019/2020 hat sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich nochmal für das Thema stark gemacht. Die CDU will an den bisherigen Regelungen festhalten. Wer hier also echte Änderungen haben will, muss für eine starke SPD in der nächsten Bundesregierung stimmen.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Siehe Frage 3. Ich halte Einschränkungen bzw. ein Verbot von Waffenexporten an Drittländer, in denen Menschenrechte nicht geachtet werden, für richtig.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Jede Inhaftierung muss in einer Demokratie auf einer rechtsstaatlichen Grundlage fußen. Sowohl die Türkei als auch die USA haben u.a. die UN-Antifolterkonvention von 1987 unterzeichnet und ratifiziert. Dementsprechend sollten die beschriebenen Praktiken so eigentlich nicht vorkommen dürfen und müssen dementsprechend geahndet werden.

Die Einschränkung von Demonstrationsrechten (und noch viel mehr Menschenrechten) in der Türkei halte ich für falsch – leider entwickelt sich die Türkei in den letzten Jahren in eine falsche Richtung.

Bei Drohnenangriffen der USA darf die zivile Bevölkerung nicht Opfer werden. Die US-Wahl im November wird die USA hoffentlich wieder auf einen besseren Weg führen, das heißt u.a. die Schließung von Guantánamo.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Ja, sehe ich. Wie bereits bei Frage 2 geschrieben, halte ich die Aufnahme von mehr Flüchtlingen für geboten. Wichtig ist mir jedoch ebenfalls ein europäisches Vorgehen: Während es einige EU-Länder gibt, die proportional mehr Flüchtlinge aufnehmen, weigern sich andere strikt. Das ist keine solidarische europäische Haltung – die wir eigentlich dringend brauchen.

- (7) Wird in Königswinter genug getan oder was können Sie sich in Königswinter noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

*In Königswinter haben wir die Flüchtlingssituation seit 2015 gut gemeistert. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an unsere Verwaltung mit all ihren Mitarbeiter*innen sowie an die zahlreichen ehrenamtlichen Kräfte, die einen großen Teil der Integrationsarbeit vor Ort leisten - ob das Netzwerk Integration in Oberpleis oder aber auch die Kirchen in Stieldorf.*

Engagement in der Flüchtlingshilfe ist wichtig und ich unterstütze gerne, wo möglich. Vor einigen Wochen habe ich beispielsweise noch beim Umzug einer syrischen Flüchtlingsfamilie aus der Altstadt nach Dollendorf geholfen.

Ansonsten, wie bereits bei Frage 2 geschrieben, stehen wir als SPD für den Beitritt zum Bündnis Seebrücke und zur humanitären Rettung von vor allem Kindern aus den Flüchtlingslagern im Mittelmeerraum.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

In Polen hat die Präsidentschaftswahl vor einigen Wochen leider nicht die erhoffte Wende erbracht: Die Situation des Rechtsstaats in Polen halte ich für bedenklich. Eine Demokratie zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass sie Minderheiten schützt und eine Gewaltenteilung zwischen Politik und unabhängiger Justiz herrscht. Ob und wie das aktuell in Polen noch der Fall ist, darf zumindest angezweifelt werden.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Selbstverständlich muss sich jedes EU-Land an europäisches Recht halten. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in diesem Jahr muss sich dafür einsetzen, dass dieses Recht überall durchgesetzt wird. Ich bin mir sicher, dass sowohl Außenminister Heiko Maas also auch Europastaatsminister Michael Roth (beide SPD) genau das tun werden.

E. WAS KÖNNEN SIE TUN?

1. Aktive Gruppenarbeit

Arbeiten Sie in unserer Honnefer Amnesty-Gruppe mit. Wir suchen immer Menschen, die bereit sind sich aktiv in die Gruppenarbeit einzubringen. Ehrenamtliches Engagement ist durch nichts zu ersetzen. Kommen Sie einfach zum nächsten Gruppentreffen. Termine finden Sie unter www.amnesty-badhonnef.de. Wir freuen uns auf Sie.

2. Förderer

Als Förderer oder Förderin unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit von Amnesty International mit einem Jahresbeitrag von mindestens 60,- €. Förderer und Förderinnen sind

keine Mitglieder, erhalten aber die Zeitschrift Amnesty Journal 6 x im Jahr kostenlos und können sich bei Interesse an einzelnen Aktionen beteiligen. Sie erhalten für die gesamte Fördersumme jährlich eine Zuwendungsbestätigung zur Vorlage beim Finanzamt.

Anmeldung über www.amnesty.de/foerdererwerden/1138

3. Einzelspende

Wir freuen uns über jede Spende, egal in welcher Höhe. Spendenkonto unserer Gruppe:

Bank für Sozialwirtschaft,
Betreff: „Gruppe 1138 Bad Honnef“
IBAN: DE23370205000008090100
BIC: BFSWDE33XXX.

4. Unterschriften sammeln

Sammeln Sie bei Freunden und Bekannten zu Appellfällen Unterschriften. Vorbereitete Unterschriftenlisten können Sie monatlich über unsere Amnesty-Gruppe erhalten. Melden Sie sich einfach per eMail an amnesty-honnef@gmx.de

5. eMail-Service

Wir informieren regelmässig über unsere Arbeit und teilen interessante Termine via eMail mit. Wenn Sie über Aktionen und Veranstaltungen der Honnefer Amnesty-Gruppe informiert werden möchten, melden Sie sich einfach per eMail an amnesty-honnef@gmx.de

6. Briefe schreiben

"Urgent Actions" (Eilaktionen) sind die denkbar schnellste und effektivste Form der Intervention, um das Leben akut bedrohter Menschen zu schützen. Rund 35 % unserer Urgent Actions sind erfolgreich. Setzen auch Sie sich regelmäßig für Menschen ein, die akut in Gefahr sind. Abonnieren Sie Urgent Actions: www.amnesty.de/urgent-actions

Gewaltlose politische Gefangene verschwinden oft für Jahre hinter Gittern - ohne faires Gerichtsverfahren und unter unterschiedlich schwierigen Haftbedingungen. Die Gefahr, dass sie vergessen werden, ist groß. Darum brauchen sie unseren Schutz, unsere Solidarität, unseren Einsatz!

Aus diesem Grund startet Amnesty International sogenannte "Briefe gegen das Vergessen". Sie geben den Gefangenen Hoffnung und zeigen den Verantwortlichen, dass die Gefangenen nicht in Vergessenheit geraten sind. Die "Briefe gegen das Vergessen" wirken durch ihre enorme Anzahl.

Beteiligen Sie sich an den Briefen gegen das Vergessen:

www.amnesty.de/briefe-gegen-das-vergessen

7. Amnesty-Journal

Wenn Sie sich detailliert informieren wollen, bieten wir ein Abo unseres Amnesty-Journals an. Hier finden Sie in jeder Ausgabe interessante aktuelle Berichte und Handlungsempfehlungen.

www.amnesty.de/amnesty-journal-jetzt-abonnieren

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Bad Honnef am 13. September 2020
ViSdP: Richard Keller, 53604 Bad Honnef, Alexander von Humboldtstr 25

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Gruppe 1138 Bad Honnef/Königswinter
E: amnesty-honnef@gmx.de . W: www.amnesty-badhonnef.de

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00 .
IBAN: DE23370205000008090100 . BIC: BFSWDE33XXX
Bitte immer angeben Betreff „Gruppe 1138 Bad Honnef/Königswinter“

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

